

BESCHLÜSSE

DER IPPNW-MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Mönchengladbach, 21. Mai 2016

Für das Grundrecht auf Asyl und für den individuellen Schutz von Geflüchteten (Mönchengladbacher Erklärung)

Auf Antrag des Arbeitskreises Flucht und Asyl beschließt die MV einstimmig:

Wir Ärztinnen der IPPNW sehen mit wachsender Sorge, wie die deutsche und die europäische Politik die Menschen, die aus Not und Verzweiflung zu uns fliehen, in eine aussichtslose Zange nimmt:

Einerseits

- zwingen immer mehr Auslandseinsätze der Bundeswehr immer mehr Menschen zur Flucht aus ihren Heimatländern,
- verschärft Deutschland als weltweit viertgrößter Exporteur von Rüstungsgütern auch in Krisengebiete die Gewalt gegen Menschen dort,
- trägt eine ungerechte, armutsschaffende Weltwirtschaftsordnung, von der Deutschland mit am meisten profitiert, maßgeblich zum Anstieg der Flüchtlingszahlen bei,
- sind in allen angeblich „sicheren Drittstaaten“ die abgeschobenen Menschen durch Gewalt, Hunger und fehlende Existenzgrundlagen bedroht.

Andererseits

- verletzt die pauschale Eingruppierung von Flüchtlingen nach ihrer Bleibeperspektive das individuelle Asylrecht,
- belastet die Verlagerung der Flüchtlingsproblematik an die EU-Außengrenzen gerade die ärmsten europäischen Länder,
- führt die Konzentration von hilfesuchenden Menschen in Lagern am Rande der EU zu immer stärkerer psychischer und körperlicher Gewalt gegen sie,
- trägt die in ihrer Substanz flüchtlingsfeindliche europäische und deutsche Politik die Hauptverantwortung für die zunehmende Gewalt gegen Flüchtlinge auch in Deutschland.

Wir ÄrztInnen der IPPNW fordern deshalb:

- die fortschreitende Demontage des in unserer Verfassung verbrieften Asylrechts rückgängig zu machen,
- die Milliarden für Aufrüstung und Aufstockung der Bundeswehr in den Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung zu verlagern,
- die OSZE als Organisation mit friedenspolitischem Potenzial zu stärken,
- eine sofortige Beendigung der Abschottungspolitik gegen Menschen auf der Flucht,
- die Schaffung von leicht zugänglichen Möglichkeiten zur legalen Einreise für Geflüchtete.

Wir ÄrztInnen der IPPNW treten für das uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl und für den individuellen Schutz jedes geflüchteten Menschen ein.

Atomreaktoren der Kraftwerksblöcke Doel und Tihange mit sofortiger Wirkung stilllegen

Die Mitgliederversammlung der IPPNW erklärt:

Wir, die Mitglieder der deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs / Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW e.V.) rufen anlässlich unserer Mitgliederversammlung in Mönchengladbach am 21. Mai 2016 die belgische Regierung auf, die Atomreaktoren in Doel und Tihange mit sofortiger Wirkung stillzulegen. Wir unterstützen die Städteregion Aachen, sowie die Länder NRW und Rheinland-Pfalz in ihren Klagen gegen den Weiterbetrieb der beiden Atomanlagen. Die deutsche Bundesregierung rufen wir auf, sich innerhalb der EU auf allen politischen Ebenen für die sofortige Abschaltung dieser Atomkraftwerke einzusetzen. Überlegungen der EU-Kommission für eine Förderung der Atomenergie muss eine klare Abfuhr erteilt werden. Gefördert werden sollten statt dessen die Energiewende hin zu 100% erneuerbaren Energien in Bürgerhand, passende Netz- und Speicherinnovationen, Energieeffizienz und Energiesparmaßnahmen. Die Atomreaktoren in Doel und Tihange, die 1975 ans Netz gingen und nach 40 Jahren Laufzeit 2015 eigentlich abgeschaltet werden sollten, werden trotz zahlreicher dokumentierter Zwischenfälle und konkreter Terrorgefahr weiter betrieben. Sie stellen damit täglich eine reale Gefahr für die rund drei Millionen Menschen dar, die in der unmittelbaren Umgebung (30 km Radius) der beiden Kraftwerksblöcke leben, sowie für die rund 46 Millionen Menschen in der gesamten Region, die im Fall einer Kernschmelze durch radioaktiven Niederschlag verstrahlt würde. Neben dem Ausfall der Kühlsysteme durch Naturkatastrophen, technische Defekte oder menschliches Versagen sind auch Sabotageakte, Terroranschläge oder Cyberangriffe durch Hacker und Trojanerprogramme konkrete Gefahrenquellen.

In den Reaktordruckbehältern von Doel 3 und Tihange 2 wurden zudem tausende Risse nachgewiesen. Um die Reaktoren zu schützen, muss Kühlwasser auf 40 Grad erwärmt werden. Durch die maroden Druckbehälter bestehen keine hinreichenden Sicherheitsreserven, so dass auch vergleichsweise geringfügige Störfälle zu einer Kernschmelze führen könnten. Eine Kernschmelze wie vor 30 Jahren in Tschernobyl oder wie vor 5 Jahren in Fukushima hätte eine großflächige radioaktive Verseuchung zur Folge, die je nach Unfallmechanismus, Windrichtung und Wetterbedingungen nicht nur Großstädte in Belgien und den Niederlanden treffen würden, sondern auch die Zwangsevakuierung von Städten in Deutschland nötig machen könnte. Die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung, die sozialen Auswirkungen auf die Gesellschaft, die ggf. viele Millionen Evakuierte aufnehmen und versorgen müsste sowie die volkswirtschaftlichen Schäden für Bund, Länder, Gemeinden und private Eigentümer sind nicht zu kalkulieren. Das Dreiländereck Belgien, Deutschland, Niederlande ist eine der am dichtesten besiedelten und wirtschaftlich leistungsfähigsten Regionen der Welt.

Die Auswirkungen eines Super-GAUs in dieser Region und der Verlust von Städten wie Lüttich, Antwerpen, Brüssel, Maas-tricht, Amsterdam, Rotterdam, Aachen, Köln oder Düsseldorf wären um ein vielfaches gravierender als die der Atomkatastrophen in Tschernobyl oder Fukushima. Der ehemalige japanische Premierminister Naoto Kan gab zu bedenken, dass 2011 nur „göttliche Fügung“ die radioaktive Verseuchung und Zwangsevakuierung Tokios verhindert habe. Dieses Szenario hätte Kan zufolge den wirtschaftlichen Untergang Japans bedeutet. Tokio ist rund 200 km von den

Katastrophenreaktoren entfernt. Die Entfernung zwischen Tihange und Aachen beträgt 60 km, Mönchengladbach liegt ca. 110 km entfernt, Düsseldorf und Köln je 130 km.

Als Ärztinnen und Ärzten ist es uns ein Anliegen, darauf hinzuweisen, dass im Fall einer Atomkatastrophe eine sinnvolle und effektive medizinische Hilfe nahezu unmöglich ist. Es fehlt in allen drei Ländern an praktikablen Notfallplänen, Training, Kompetenzen, Strukturen und öffentlicher Wahrnehmung, um eine adäquate Notfallreaktion zu ermöglichen. Ähnlich wie in Tschernobyl oder in Fukushima würden Chaos, Panik und Kompetenzgerangel herrschen, notwendige Maßnahmen wie die rasche Einnahme von Jodtabletten würden wegen mangelnder Vorbereitung und Informationen unterbleiben. Es käme vermutlich zu unkoordinierten Fluchtbewegungen. Mit Aachen hat weltweit die erste Stadt begonnen, ihre Bevölkerung ernsthaft auf die Möglichkeit eines Super-GAU vorzubereiten. Eine bundesweite Simulation aller zuständigen Landesbehörden hatte 2013 das totale Versagen der deutschen Katastrophenpläne demonstriert. In Belgien und den Niederlanden sieht die Situation nicht besser aus. Das Einüben von Evakuierungsszenarios, die Koordination von Hilfs- und Rettungsmaßnahmen sowie die Absprachen zwischen nationalen und lokalen Behörden in allen drei Ländern und untereinander müssten dringend intensiviert und ausgebaut werden, solange die Atomkraftwerke weiter betrieben werden.

Eine große epidemiologische Studie des deutschen Kinderkrebsregisters zeigte zudem, dass bereits der Normalbetrieb von Atomkraftwerken gefährlich ist: Je näher Kleinkinder an einem AKW leben, desto höher ist ihr Risiko, an Krebs, besonders an Leukämie, zu erkranken. Wir in der deutschen IPPNW sehen in der sofortigen Abschaltung der Atomkraftwerke die einzige verantwortungsvolle Reaktion auf diese Erkenntnisse und appellieren an alle politisch Verantwortlichen in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen. Das „Russische Roulette“, das derzeit mit dem Leben und der Existenz der potentiell betroffenen Menschen gespielt wird, ist nicht tolerierbar.

Menschliche Sicherheit statt Interventionskriegen – Austritt Deutschlands aus der NATO-Militärintegration

Auf Antrag von Matthias Jochheim und Mitgliedern des AK Süd-Nord beschließt die Mitgliederversammlung bei 2 Neinstimmen und 7 Enthaltungen:

Die IPPNW Deutschland wird sich gemeinsam mit ihren Partnern in der Friedensbewegung für eine Rückkehr Deutschlands zur Einhaltung des Völkerrechts und der Friedenspflicht des Grundgesetzes einsetzen, und für die Beendigung der deutschen Beteiligung an von NATO-Mächten geführten Kriegen und Kriegsvorbereitungen weltweit eintreten.

Dazu fordern wir:

- Beendigung der „nuklearen Teilhabe“, Abzug aller Atomwaffen aus Büchel und möglichen anderen Standorten in Deutschland
- Beendigung der deutschen Teilhabe an Kriegen in Afghanistan, Libyen, Irak, Syrien, Mali und anderen Orten; Rückzug der NATO-Truppen aus Kosovo
- Schließung des US-Luftwaffenstützpunkts Ramstein und seiner Einrichtungen zur weltweiten Drohnen-Kriegsführung

- Beendigung der Militärintegration Deutschlands in den NATO-Planungsstäben; Stärkung von UNO und OSZE als geeignete internationale Organisationen zur Friedenssicherung
- Abrüstung der Bundeswehr, Umwidmung der freiwerdenden Mittel zur zivilen Konfliktbearbeitung, zu internationaler Katastrophen- und Aufbauhilfe sowie für Entwicklungszusammenarbeit.

Begründung:

Seit 1999 beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland direkt und indirekt an zahlreichen von den NATO-Mächten geführten Kriegen, von Jugoslawien bis Syrien. Das gültige Völkerrecht ebenso wie das Verbot von Angriffskriegen des deutschen Grundgesetz wurden und werden dabei immer wieder verletzt. Für die Menschen in den betroffenen Gebieten ist dabei nicht mehr Sicherheit, sondern es sind katastrophale Verhältnisse mit hunderttausenden von zivilen Todesopfern und Millionen von Flüchtlingen entstanden.

Nicht Interventionskriege sind geeignet, die internationale Sicherheit voranzubringen, sondern ernsthafte Abrüstungsanstrengungen, Demilitarisierung der Konfliktgebiete, energische Unterstützung für die Menschen in verelendete Weltregionen, und die Stärkung eines gleichberechtigten Zusammenlebens, das auf solidarischer Kooperation statt auf eigennütziger Gewinnmaximierung beruhen muss. NATO-Mitgliedschaft und Bundeswehrhochrüstung sind für solche Ziele nicht förderlich, sondern unmittelbar kontraproduktiv.

Solidarität mit Jürgen Grässlin

Auf Antrag von Helmut Lohrer beschließt die Mitgliederversammlung einstimmig:

Die IPPNW fordert die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen den bekannten Friedensaktivisten. Kleinwaffen sind Massenvernichtungswaffen. Die überwiegende Zahl menschlicher Opfer infolge von Gewalt und Krieg geht auf den Einsatz dieser leicht zu bedienenden und transportablen Waffen zurück. Deutschland ist einer der wichtigsten Produzenten und Exporteure von Kleinwaffen, deutsche Gewehre kommen in sämtlichen Konfliktregionen der Welt zum Einsatz. Exportiert wird auch an Staaten, in denen Menschenrechte missachtet werden, sogar die Zurückhaltung beim Export in Konfliktregionen wurde inzwischen aufgegeben. Die an sich strengen Exportrichtlinien haben Deutschland beispielsweise nicht daran gehindert, eine komplette Fabrik zur Produktion von G36 Sturmgewehren an Saudi-Arabien zu verkaufen. Wohin sie von dort aus geliefert werden, kann und wird niemand kontrollieren. Wenn die Richtlinien es dann gar nicht erlauben, wird ein Geschäft schon mal illegal abgewickelt, anscheinend auch mit Unterstützung aus Berliner Ministerien. So jedenfalls ist es in dem Buch „Netzwerk des Todes“ nachzulesen, das Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg im September 2015 veröffentlicht haben. Die darin abgedruckten Dokumente legen nahe, dass Ministerialbeamte einen illegalen Verkauf von Heckler und Koch Sturmgewehren nach Mexiko durch ihre Hilfe erst möglich gemacht haben. Die Papiere liegen auch der Staatsanwaltschaft in Stuttgart vor. Die gleiche Staatsanwalt hat über fünf Jahre gebraucht, um nach einer Anzeige von Jürgen Grässlin gegen die Verantwortlichen des Rüstungskonzerns Anklage zu erheben. Die Ermittlungen gegen die Ministerialbeamten

werden nicht weiter verfolgt, die Staatsanwaltschaft sieht wohl „keinen Anfangsverdacht“.

Das zu ermitteln hat so lange gedauert, dass die Taten nun ohnehin verjährt wären. Jetzt wird stattdessen gegen Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg staatsanwaltlich ermittelt, weil die veröffentlichten Dokumente der Geheimhaltung unterlagen. In einem demokratischen Rechtsstaat würden wir erwarten, dass die Aufdeckung illegaler Umtriebe begrüßt wird. Umso mehr, wenn der Verdacht besteht, dass staatliche Stellen daran beteiligt sind. Jürgen Grässlin, Daniel Harrich und Danuta Harrich-Zandberg gebührt aus unserer Sicht hierfür Anerkennung. Zu Recht hat Daniel Harrich zusammen mit seinem Team daher für den im gleichen Zusammenhang stehenden Film „Tödliche Exporte“ am 8. April 2016 den renommierten Grimme-Preis erhalten. Der Staat dagegen lässt seinen Anwalt die Vorwürfe gegen Beamte verjähren und ermittelt stattdessen gegen diejenigen, die den Misstand aufdecken. Hier wird aus unserer Sicht der Rechtsstaat auf den Kopf gestellt.

Die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) solidarisiert sich mit den Autoren, die mutig genug waren, die Umstände dieser illegalen Waffenverkäufe offen zu legen. Insbesondere mit Jürgen Grässlin, Träger des Aachener Friedenspreises, verbindet uns eine jahrelange Zusammenarbeit und wir bewundern ihn für seine Unerschrockenheit, mit der er gegen skrupellose Waffenhändler seine Stimme erhebt. Wir fordern, die Ermittlungen gegen Jürgen Grässlin und seine Mit-Autoren einzustellen und stattdessen zu prüfen, ob nicht – angesichts unzureichender Ermittlungen gegen mutmaßlich beteiligte Beamte – der Vorwurf der Strafvereitelung im Amt und der Rechtsbeugung seitens der Staatsanwaltschaft zu erheben wäre.

Hinweis: Weitere interne Beschlüsse der IPPNW-Mitgliederversammlung können Sie im internen Teil der Homepage abrufen.